

A stylized map of Southeast Europe composed of a grid of grey dots, with several dots highlighted in red to indicate specific countries or regions.

Aktuelle Entwicklungen in Südosteuropa

Wirtschaftskrise, politische Lage und Herausforderungen
für die Gewerkschaften

ROLAND FEICHT
Februar 2010

- Die globale Wirtschaftskrise hat auch Südosteuropa (SOE) im Jahr 2009 stark erschüttert. Schätzungen für Ende des Jahres 2009 gehen von einem Rückgang des Wirtschaftswachstums von durchschnittlich etwa vier Prozent aus. Für das Jahr 2010 wird ein Nullwachstum bzw. ein bescheidenes Plus auf geschrumpftem Niveau prognostiziert.
- Massive Konjunkturprogramme wie zum Teil in Westeuropa verabschiedet, wurden in Südosteuropa nicht aufgelegt. Das vergleichsweise bedächtige Krisenmanagement in SOE ist nicht zuletzt aber auch der eigenen Ohnmacht angesichts der großen Abhängigkeit von den internationalen, vor allem europäischen wirtschaftlichen Entwicklungen geschuldet.
- Die Wirtschaftskrise hat insgesamt keine politische Destabilisierung der Region herbeigeführt. Moldau und Rumänien verharren allerdings in politischen Krisen. In sieben Landeswahlen, die im Jahr 2009 stattfanden, favorisierten die Wähler pro-europäische Parteien und Kandidaten.
- Die südosteuropäischen Gewerkschaften haben mit dazu beigetragen, dass das wirtschaftliche Krisenmanagement in der Region nicht auf Kosten der sozialen Verantwortung erfolgte. Dennoch stehen die Arbeitnehmervertretungen unter erheblichem Modernisierungsdruck, um den in den vergangenen Jahren verlorenen Einfluss wiederzugewinnen.

Der Wirtschaftseinbruch

Noch vor knapp zwei Jahren wurde die Region Südosteuropa (SOE)¹ mit einem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum von fast sechs Prozent zu den wachstumsstärksten Regionen in Europa gezählt. Die im Herbst 2008 in den USA ausgelöste internationale Finanzmarktkrise setzte diesem Trend jedoch ein jähes Ende. Da fast alle realen wirtschaftlichen Transaktionen an Bankvereinbarungen gebunden sind, traf der plötzliche und scharfe Rückgang von Kapitalflüssen unweigerlich auch die Länder in Südosteuropa. Nach der Pleite der US-Investmentbank Lehman Brothers zogen die in der Region dominierenden internationalen Kreditinstitute, darunter vor allem die österreichischen, italienischen und griechischen Banken, in Rekordzeit Kapital aus dem regionalen Markt zurück. Der Kreditstrom wurde auf die Größe eines Flüsschens reduziert. Damit trat auch die Krisenanfälligkeit der Region zu Tage. Die Länder hatten über ihre Verhältnisse gelebt, nicht zuletzt mit Fremdwährungskrediten für privaten Konsum, abzulesen an den hohen Leistungsbilanzdefiziten, die 2008 beispielsweise in Bulgarien bei 24 Prozent, in Serbien bei 16 Prozent und in Rumänien bei 14 Prozent des BIP lagen. Die Erschwerung des Zugangs zu Krediten hatte gravierende Folgen für die heimische Konsum- und Investitionsnachfrage in SOE.

Zusätzlich wurden die Volkswirtschaften in Südosteuropa über den Einbruch des Außenhandels erschüttert, als Folge der der Finanzmarktkrise auf dem Fuß folgenden internationalen Krise der Realwirtschaft. Die Rezession in den großen Ländern der Europäischen Union, den Hauptabsatzmärkten Südosteuropas, verursachte einen drastischen Rückgang der Exporte aus SOE – im ersten Halbjahr 2009 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum im Schnitt um 26,9 Prozent. Als Folge der internationalen Finanzmarkt- und Realwirtschaftskrise kam es zu einem starken Abbau in der südosteuropäischen Industrieproduktion und damit zum Rutsch in die Rezession. Schätzungen für das Jahr 2009 gehen von einer Schrumpfung des BIP-Wachstums von durchschnittlich etwa vier Prozent aus, wobei die Schwankungen zwischen den einzelnen Ländern groß sind. Während die Wachstumseinbrüche in Rumänien mit über acht Prozent und in Bulgarien mit mehr als sechs Prozent

am massivsten sind, kann Albanien wahrscheinlich sogar noch ein Plus von drei Prozent erwirtschaften. Die Ausprägungen der Wirtschaftskrise und ihre verstärkenden oder abschwächenden Faktoren unterscheiden sich in den einzelnen Ländern der Region allerdings erheblich. Insgesamt kam es im Laufe des Jahres 2009 zu massenhaften Betriebsschließungen, und die Lage bleibt weiterhin angespannt. Mit neuen Firmenpleiten ist immer noch zu rechnen, und damit auch mit einer weiteren Zunahme sowohl der Arbeitslosigkeit als auch der Steuerausfälle. Die schlechte Wirtschaftslage in SOE ist gegenwärtig etwa mit der Lage in der EU zu vergleichen, mit einem Einbruch des BIP um 4,3 Prozent bis zum dritten Quartal 2009.

Prognosen für SOE – etwa seitens der EU – gehen davon aus, dass der Tiefpunkt der Krise bereits überwunden ist. Im Schnitt wird im Jahr 2010 mit einem Nullwachstum bzw. einem bescheidenen Plus auf geschrumpftem Niveau gerechnet. Die Wiederherstellung des Status quo ante wird aber auch in SOE noch lange dauern. Dabei müsste die Zeit genutzt werden, die Wachstumspfade der Länder Südosteuropas allmählich auf ein weniger vom »boom and bust« der Finanzmärkte abhängiges Wachstum umzuorientieren, mit auf Produktionsausweitung und Produktivitätssteigerung zielenden Investitionen.

Bedächtiges Krisenmanagement

Massive Konjunkturprogramme wie zum Teil in Westeuropa veranlasst, wurden in Südosteuropa nicht aufgelegt. Wegen ihrer geringen volkswirtschaftlichen Leistungskraft und ihrer kleinen Märkte können die Länder der Region auch keine entscheidenden Konjunkturimpulse auslösen. Vielmehr wird ihr Weg aus der Rezession von der Erholung der Volkswirtschaften in der EU, dem entscheidenden Zielmarkt ihrer Produkte, abhängen. Dennoch wurden in allen Ländern in vergleichsweise geringem Umfang Gelder für Sofortprogramme zur Stützung der Konjunktur, vor allem der Kreditwirtschaft, mobilisiert. Die Regierungen in der Region waren mehrheitlich nicht der Versuchung erlegen, wegen Steuerausfällen den Rotstift allzu stark bei den Sozialleistungen, Pensionen und den Gehältern der Staatsbediensteten anzusetzen, offenbar um generell sozialen Spannungen und politischen Konflikten vorzubeugen. Ein handfestes Motiv mag sicherlich ihre Angst vor den Wählern in den aufgeblähten Staatsapparaten und der großen Gruppe der Pensionäre

1. Der vorliegende Bericht bezieht die Staaten des ehemaligen Jugoslawien sowie Albanien, Bulgarien, Moldau und Rumänien ein.

gewesen sein. Auch Steuererhöhungen wurden in der Regel vermieden. Eine der Ausnahmen ist Kroatien. Dort wurden die Gehälter im öffentlichen Dienst um sechs Prozent gekürzt und eine befristete Erhöhung der Einkommenssteuer beschlossen.

Generell führte an der Erhöhung des staatlichen Haushaltsdefizits kein Weg vorbei. Die Haushaltsdefizite in SOE stiegen im Schnitt von knapp zwei Prozent im Jahr 2008 auf fast fünf Prozent im Folgejahr. Der Anteil der Staatverschuldung am BIP erhöhte sich durchschnittlich von 25 Prozent im Jahr 2008 auf 29 Prozent im Jahr 2009. Mit Blick auf die Maastrichtkriterien (Haushaltsdefizit bis maximal drei Prozent des BIP, Verschuldung der öffentlichen Haushalte bis maximal 60 Prozent des BIP) und im Vergleich zu den exorbitanten staatlichen Neuverschuldungen besonders in den großen Volkswirtschaften in der EU haben die Länder in Südosteuropa die Haushaltsdisziplin der letzten Jahre auch im Krisenjahr 2009 aufrechterhalten können. Das vergleichsweise bedächtige Krisenmanagement in SOE ist nicht zuletzt aber auch der eigenen Ohnmacht angesichts der großen Abhängigkeit von den internationalen, vor allem europäischen wirtschaftlichen Entwicklungen geschuldet.

Arbeitsmarkt unter Druck

Dem Wirtschaftseinbruch folgte die Zunahme der Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenrate in der Region ist im Schnitt von etwa 13 Prozent im Jahr 2008 auf 14 Prozent im Jahr 2009 gestiegen. Den höchsten Wert hatte Mazedonien im zweiten Quartal 2009 mit 32 Prozent zu verzeichnen, die niedrigste Rate weist Slowenien mit schätzungsweise sechs Prozent auf. Die Zahlen in den anderen Ländern bewegen sich zwischen acht Prozent (Bulgarien) und 16 Prozent (Serbien). Dabei ist zu berücksichtigen, dass Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt bei Konjunkturschwankungen immer erst mit Verzögerung einsetzen. Es ist deshalb damit zu rechnen, dass die Arbeitslosigkeit im Jahr 2010 noch weiter ansteigen wird.

Die Zahlen geben allerdings nur die Veränderungen auf dem offiziellen Arbeitsmarkt wieder. Der Anteil nicht erfasster Arbeitsloser (Schulabgänger, informeller Sektor, Schwarzarbeit, etc.) ist in allen Ländern der Region weiterhin sehr hoch, und er wird es nach der Rezession zunächst auch bleiben. Unter den Betroffenen sind vor allem viele junge Menschen. Die

Jugendarbeitslosigkeit ist und bleibt in der ganzen Region eines der größten sozialen Probleme. Hinzu kommt, dass auch die Beschäftigungszahlen nicht den Anteil prekärer Arbeitsverhältnisse widerspiegeln, vor allem in Form von Zeitverträgen, der in den meisten Ländern beträchtlich ist.

Die Wirtschaftskrise hatte sich auf die Lohnentwicklung in der Region bis zur Jahreshälfte in der Regel noch nicht ausgewirkt. Im Gegenteil, bei vorsichtiger Schätzung sind die Löhne bis Mitte des Jahres durchschnittlich um nominal etwa sieben Prozent und real um vier Prozent gestiegen. Spitzenreiter waren Bulgarien und Rumänien jeweils mit etwa elf Prozent zum dritten Quartal bzw. zweiten Quartal im Vergleich zu den Vorjahresquartalen. Die Schlusslichter bildeten Kroatien und Slowenien mit Lohnsteigerungen von etwas mehr als 2,5 Prozent in den ersten zwei Quartalen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Die positiven Zahlen sind noch Ergebnisse von Lohnabschlüssen aus der Boomzeit oder zu Beginn der Wirtschaftskrise. Während in den Ländern mit sehr niedriger Inflation wie Bulgarien und Mazedonien die Erhöhung der Reallöhne fast der Zunahme der Nominallöhne entsprach, wurden in Kroatien und Serbien die Lohnerhöhungen durch die Preissteigerungen fast völlig nivelliert. In der zweiten Jahreshälfte ist jedoch der Beginn eines Abwärtstrends bei den Lohnsteigerungen zu konstatieren. Auch die extremen und teilweise politisch motivierten Steigerungsraten in Rumänien und Bulgarien (Wahlkampfjahr in beiden Ländern) sind erst einmal Vergangenheit. In Bulgarien zeichnet sich bereits ein leicht rückläufiger Trend im dritten Quartal ab. Die anderen Länder werden folgen.

Die allgemeine Verbesserung der Lebensverhältnisse in der Region in den letzten Wachstumsjahren wird für eine noch nicht absehbare Zeit unterbrochen sein. Das ist umso problematischer, als die meisten Einkommen in Südosteuropa noch sehr niedrig sind und in der Regel für die Deckung der Kosten des unmittelbaren Bedarfs kaum oder nur knapp ausreichen. Die durchschnittlichen Monatslöhne betragen derzeit in der Region mit Ausnahme von Montenegro, Kroatien und Slowenien (650, 700 bzw. 1.400 Euro) zwischen 300 Euro (Albanien) und 480 Euro (Mazedonien). Insgesamt ist in den Jahren des Wirtschaftswachstums die Armut zwar zurückgegangen. Doch ist das Niveau hoch geblieben, und es ist zu befürchten, dass es in der nächsten Zeit wieder zunehmen wird.

Politische Stabilität in der Wirtschaftskrise

Entgegen mancher Prognosen in Deutschland² hat die Wirtschaftskrise insgesamt keine politische Destabilisierung der Region bewirkt. Auch im Westbalkan ist es weder zu sozialen wie ethnisch motivierten Unruhen und damit zur Gefährdung der Sicherheitslage gekommen, noch haben nationalistisch-populistische Kräfte die Situation für sich signifikant nutzen können. Die generelle politische Stabilität in den ehemaligen jugoslawischen Staaten ist vor dem Hintergrund der noch nicht lange zurückliegenden ethnisch-nationalistisch motivierten Kriege und ihren politischen Folgen besonders bemerkenswert. Ausnahmen in ganz Südosteuropa bilden Albanien, Rumänien und Moldau. Die großen politischen Lager vor Ort blockieren sich dort nicht nur gegenseitig, sondern auch die Politikgestaltung der Länder. Die drei Länder befinden sich in politischen Krisen, die sich jedoch schon vor dem Ausbruch der Wirtschaftskrise ankündigten.

Im Jahr 2009 fanden immerhin in sieben Staaten der Region Landeswahlen statt, an denen sich gewaltsame Konflikte hätten entzünden können – in Albanien, Bulgarien, Kroatien, Mazedonien, Moldau, Montenegro und Rumänien. Die überwiegend reibungslosen Wahlgänge (Ausnahmen gab es in Mazedonien, Moldau, und Rumänien) sind ein Indiz dafür, dass die Etablierung demokratischer Grundlagen und Institutionen in der Region weiterhin auf gutem Wege ist.

Mit Ausnahme von Bulgarien, Kroatien und Moldau bewirkten die Wahlen keine politischen Machtwechsel. In Rumänien bleibt die Benennung des Ministerpräsidenten nach der knappen Wiederwahl von Trajan Basescu zum Präsidenten aber noch ungeklärt. In Montenegro gewann erneut die seit 18 Jahren regierende Koalition unter der Führung der DPS von Premier Milo Djukanovic, in Mazedonien wurde mit der Wahl Gjorgje Ivanovs zum Präsidenten die Position der mit großer Mehrheit regierenden VMRO-DPMNE bestätigt. In Albanien kam es mit der Wiederwahl von Ministerpräsident Sali Berisha mit seiner Demokratischen Partei ebenfalls

nicht zu politischen Machtverschiebungen gleichwohl die oppositionellen Sozialisten die Wahlen wegen angeblichen Betrugs des Wahlsiegers bislang das Parlament boykottieren. Alle Wahlsieger verfolgen einen klaren pro-europäischen Kurs.

In Moldau hat die pro-europäische Opposition zum ersten Mal in den Parlamentswahlen – allerdings sehr knapp – die Kommunistische Partei besiegt, die jedoch bislang die Wahl von Marian Lupu zum Staatspräsidenten im Parlament boykottiert. In Bulgarien und Kroatien entschieden sich die Wähler ebenfalls für Alternativen. Die seit der Unabhängigkeit Kroatiens 1991 fast ununterbrochen regierende konservative HDZ wurde bei den Präsidentschaftswahlen weit abgeschlagen, während der Sozialdemokrat Ivo Josipovic im Januar 2010 die Wahlen gegen den populistischen Bürgermeister von Zagreb, Milan Bandic, gewann. Eine Mehrheit der kroatischen Wähler bestätigte damit nicht nur den pro-europäischen Kurs des EU-Beitrittskandidaten Kroatien, sondern sprach sich mit der Wahl dieses Kandidaten darüber hinaus für rechtsstaatliche Verhältnisse, gute Regierungsführung und den Kampf gegen grassierende Korruption und Vetternwirtschaft aus. Dem Wahlsieg von Boiko Borisov und seiner EVP-Mitgliedsparterie GERB in Bulgarien liegt im Prinzip der gleiche Wunsch der Wählermehrheit zugrunde. Die rechtsnationalen Kräfte stagnieren dort mit der Ataka-Partei bei zehn Prozent.

Insgesamt kann man nach den Wahlen in Südosteuropa einen Trend zur Konsolidierung der Parteienlandschaft erkennen, wobei die pro-europäischen Parteien von der Mehrheit der Wähler bevorzugt werden, auch in Zeiten der Wirtschaftskrise. Statt einer Zunahme von nationalistischen und euroskeptischen Tendenzen ist ein deutlicher Wille der Wahlbürger festzustellen, an Europa innerhalb der Europäischen Union und damit auch an dortige fortschrittliche wirtschaftliche, soziale und politische Standards Anschluss zu finden. In den Ländern, in denen 2009 keine Landeswahlen stattfanden, ist dieser Trend ebenfalls spürbar. Das gilt besonders für Serbien, wo in einer Umfrage neuesten Datums 65 Prozent der Serben den Beitritt zur EU befürworteten. Entsprechend ist dort der nationalistisch-populistische politische Block geschwächt. Auch in Bosnien und Herzegowina, das mit der Integration der im Dayton-Abkommen geschaffenen »Entitäten« der Kriegsgegner zur Konföderation wenig vorangekommen ist, ist der Wunsch des EU-Beitritts

2. Vgl. Handelsblatt v. 19.03.2009: »Neben wirtschaftlichen und sozialen Härten kommt die globale Wirtschaftskrise auf dem Balkan nun mit einiger Verzögerung, dafür aber politisch um so explosiver an. Ethnische Spannungen, politische Dauerfehden und Instabilität drohen den Staaten der Region mit ihren Völkergemischen, je sichtbarer die Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise dort werden.«

groß, weil man sich dadurch die Überwindung der schweren Landesprobleme erhofft.

Bittere Wermutstropfen im Prozess der Konsolidierung demokratischer Institutionen in Südosteuropa sind weiterhin erhebliche Mängel hinsichtlich der rechtsstaatlichen Verhältnisse insgesamt und besonders mit Bezug auf eine Regierungsführung im Interesse des Allgemeinwohls. Die Gründe liegen in hohem Maß in Korruptionspraktiken, in der Vetternwirtschaft und der Vermengung von Politik und Geschäft sowie in häufig unprofessionell arbeitenden Verwaltungen als Produkt von Postenschiebereien. Vor diesem Hintergrund gedeiht auch die organisierte Kriminalität. Im Hinblick auf die Verteilung von politischer und ökonomischer Macht sind dabei zwei gesellschaftspolitisch relevante Phänomene hervorzuheben. Zum einen die mit unterschiedlicher Ausprägung und Intensität in den Ländern der Region wirkenden traditionellen Netzwerke sozialer Beziehungen in Familienclans und der darin eingegangenen gegenseitigen Verpflichtungen, die die kommunistische Herrschaft überstanden und sich den heutigen gesellschaftlichen Machtstrukturen angepasst haben. Und zum anderen die Ausrichtung der politischen Parteien, die sich nach dem Zusammenbruch der realsozialistischen Gesellschaftssysteme eher zu politischen »Managementagenturen« der Macht entwickelt haben, die weniger an Politikmodellen, sondern viel mehr auf die Eroberung staatlicher Ressourcen ausgerichtet sind – oft zum Zweck der privaten Aneignung³. Auch die derzeitigen Machtkämpfe in Moldau und Rumänien müssen in diesem Zusammenhang gesehen werden.

Der Mangel an Rechtsstaatlichkeit zählt zu den größten Bedrohungen der politischen Stabilität in den meisten Ländern Südosteuropas, denn er verletzt empfindlich das Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung. Der Anteil der von der Politik desillusionierten Bürgerinnen und Bürger nimmt zu, und damit könnte auch das Potenzial möglicher Anhänger und Befürworter populistischer, nationalistischer, xenophober und antidemokratischer Parolen und Bestrebungen (wieder) wachsen.


3. Vgl. zur Typologie der Parteien in SOE: Michael Ehrke, Sozialdemokratische Parteien in Zentral- und Südosteuropa, Internationale Politikanalyse, Friedrich-Ebert-Stiftung, Dezember 2009.

Gewerkschaften am Scheideweg

Die geschilderten wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen in der Region Südosteuropa bilden einerseits den Handlungsrahmen für die Arbeit der Gewerkschaften und beschreiben andererseits ihre Herausforderungen. Die dargelegten Lohnentwicklungen in SOE in den letzten Jahren sind beispielsweise auch ein Verdienst der Gewerkschaften, die vor allem in ihren Bastionen, dem öffentlichen Dienst und den staatlichen und privatisierten größeren Unternehmen oft großen Einfluss beweisen. Ihr Handeln hat darüber hinaus dazu beigetragen, dass die Regierungen der Region die Bewältigung der zunehmenden Probleme im Staatshaushalt und den Sozialkassen nicht auf Kosten einer sozialen Verantwortung durchgeführt haben. Weiterhin haben sich die Gewerkschaften in einer Reihe von Ländern für den Erhalt von Arbeitsplätzen engagiert und in unzähligen Betrieben, die bei ihrem Zusammenbruch oft monatelang die Zahlungen von Löhnen und Sozialabgaben unterschlagen hatten, Kampfgeist gezeigt.

Dennoch stehen die Arbeitnehmervertreter in Südosteuropa vor zum Teil erheblichen strukturellen Herausforderungen. Durch wirtschaftliche Transformation und Deindustrialisierung der Region sind die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften in den letzten Jahren stark zurückgegangen. Finanziell und auch personell verfügen sie oft nicht über das notwendige Mobilisierungspotenzial für politisch wirksame Proteste. So scheiterte eine landesweite Gewerkschaftsdemonstration in Serbien schlicht am mangelnden Zulauf, und in Kroatien gelang es den Arbeitnehmerorganisationen nur mit äußerster Mühe, das Sparprogramm der Regierung leicht zu entschärfen. Dabei sind die Gewerkschaften in Kroatien im Hinblick auf die Zusammenarbeit der wichtigsten Verbände, ihre Mitgliederzahlen und die Deckungsrate von Tarifverträgen vergleichsweise gut positioniert.

Aufgrund ihrer strukturellen Schwächen werden die Gewerkschaften oft nicht als verhandlungsfähiger Partner im Sozialdialog wahrgenommen, wie auch im Jahr der Wirtschaftskrise in den meisten Ländern der Region zu spüren war. Der nachlässige Umgang mit den Gewerkschaften könnte sich als politischer Fehler entpuppen, wenn Teile der Gewerkschaftsbewegung in der Radikalisierung ihrer Politik den einzigen Ausweg sehen. Der Blick auf Griechenland mag da als Beispiel



genügen. Der Fehler wäre auch deshalb fatal, weil die Gewerkschaften in Südosteuropa durchweg pragmatisch und im Auftreten gemäßigt sind.

Die südosteuropäischen Gewerkschaften befinden sich mit Ausnahme von Slowenien am Scheideweg. Ihr gesellschaftspolitisches Gewicht ist zwar derzeit noch spürbar, doch dem Abwärtstrend müssen sie gegensteuern. Sie müssen sich modernisieren. Demokratische Parteien und Regierungen sind gut beraten, dabei im Interesse des sozialen Friedens und der politischen Stabilität nicht nur nicht im Wege zu stehen, sondern diesen Prozess, wenn nötig, auch durch Weiterentwicklung des Arbeitsrechts, zu fördern.

Wie auch in Westeuropa mussten die Gewerkschaften in Südosteuropa einen starken Mitgliederschwund in den vergangenen Jahren hinnehmen. Hinzu kommt die geringere Deckungsrate von Tarifverträgen im Vergleich mit West- oder gar Nordeuropa, die vor allem einem in vielen Ländern noch zu einseitig im Unternehmerinteresse fixierten betriebszentrierten System von Tarifverträgen geschuldet ist. Das ist auch die Ursache dafür, dass die Unternehmer wenig Interesse an tariffähigen Arbeitgeberverbänden zeigen. Die Modernisierung der Gewerkschaften muss vor allem den Aufbau schlagkräftiger, mobilisierungsfähiger, professionell handelnder, international vernetzter und finanziell hinreichend ausgestatteter Gewerkschaften zum Ziel haben. Letzteres gilt nicht nur für die Organisation der Arbeitnehmer in den zumeist gewerkschaftsfreien mittleren Unternehmen, sondern auch für die Bildung von signifikanten Streikkassen, um damit von den Arbeitgebern und den Regierungen als Gegenmacht und Sozialpartner ernster genommen zu werden. Eine nicht minder große Herausforderung für die Gewerkschaften stellt die Überwindung ihrer Zersplitterung in konkurrierende Dachverbände und einer unüberschaubaren Anzahl von in der Regel organisatorisch schwachen Branchenorganisationen durch gemeinsames Handeln und Zusammenschlüssen dar.



Zum Autor

Roland Feicht ist Leiter des Regionalprojekts für Arbeitsbeziehungen und Sozialdialog in Südosteuropa der Friedrich-Ebert-Stiftung mit Sitz in Belgrad. Er arbeitet seit 1982 in der Friedrich-Ebert-Stiftung und war Projektleiter in Argentinien, China, Ecuador und den Philippinen sowie Referent in den Abteilungen Internationale Entwicklungszusammenarbeit und Studienförderung.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Mittel- und Osteuropa
Hiroshimastrasse 28 | 10785 Berlin | Germany

Verantwortlich:
Dr. Matthes Buhbe, Leiter des Referats Mittel- und Osteuropa

Tel.: ++49-30-269-35-7726 | Fax: ++49-30-269-35-9250

info.moe@fes.de
<http://www.fes.de/international/moe/>

Die in dieser Publikation zum Ausdruck kommenden Meinungen sind die des Autors und spiegeln nicht notwendigerweise die Meinung der Friedrich-Ebert-Stiftung wider.

ISBN 978-3-86872-276-2